



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 25, No. 8-10/2010

abgeschlossen am
15. Oktober 2010

	<u>Seite</u>
1. Demokraten bereiten „lame duck session“ nach den Wahlen vor	1
2. <i>Continuing Resolution</i> schreibt Bundeshaushalt vorübergehend fort	2
3. Stärkere Überwachung der Nachrichtendienste beschlossen	3
4. Repräsentantenhaus für Strafzölle gegen China	4
5. Präsident Obama legt Veto gegen Zwangsversteigerungsgesetz ein	5
6. Auswärtiger Senatsausschuss für Ratifikation von <i>New START</i>	6
7. Gesetzesinitiative gegen Diskriminierung von Homosexuellen in den Streitkräften blockiert	8
8. Kommission rügt Reaktion der Administration auf Öl-Katastrophe	10
9. Positives Regierungsgutachten zu Konjunkturprogramm	11
10. Republikaner legen Wahlprogramm vor	11
11. Congress-Wahlen unter dem Vorzeichen schleppender Wirtschaftserholung	13

1. Demokraten bereiten „lame duck session“ nach den Wahlen vor

Angesichts einer umfangreichen Liste offener Gesetzgebungsverfahren, die vor den Wahlen zum Congress am 2. November auf Grund zwischen- sowie innerparteilicher Differenzen bisher nicht abgeschlossen werden konnten, bereiten die demokratischen Parteispitzen von Senat und Repräsentantenhaus eine arbeitsintensive lame duck session vor.

Die Spannungen zwischen der Mehrheit der linksliberalen Demokraten und ihren gemäßigt-zentristischen Fraktionskollegen erlaubten mit Blick auf das Meinungstief der Partei im Vorfeld der Zwischenwahlen (*Midterm Elections*, siehe Punkt 12) kaum noch produktive Kompromisslösungen.

Die Republikaner, die sich von dem anstehenden Wahlgang erhebliche Sitzgewinne im Congress erhoffen, setzten ohnehin seit längerer Zeit auf scharfe Opposition und blockieren mit ihrer Sperrminorität wichtige Vorhaben im Senat.

Neben dem Abschluss des Haushaltsbewilligungsverfahrens (siehe Punkt 2) steht für die Nachwahlsitzung vor allem die Steuer- und Finanzpolitik ganz oben auf der Themenliste, da Ende des Jahres die unter Federführung des früheren Präsidenten George W. Bush 2001 beschlossenen Steuervergünstigungen auslaufen (vgl. CR 6-7/2001, S. 4).

Die Republikaner fordern ohne Rücksicht auf die Haushaltslage eine unveränderte Fortschreibung des umstrittenen Steuergesetzes. Steuererhöhungen seien, so das Kernargument, zum gegenwärtigen Zeitpunkt Gift für die Wirtschaftskonjunktur.

Gerade mit Blick auf die schwierige Wirtschaftslage wollen jedoch die Demokraten die Steuersenkungen auf mittlere und untere Einkommensgruppen konzentrieren. Der Wegfall von Steuervergünstigungen für Spitzeneinkommen soll dagegen langfristig zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Vorschläge zur Reduzierung der im Zuge der Wirtschaftskrise stark gestiegenen Staatsverschuldung sind für den November 2010 durch eine von Präsident Obama einberufene überparteiliche Kommission zur Haushaltskonsolidierung angekündigt, zu der der Congress Stellung beziehen muss.

Weitere kontroverse Themen reichen von der Gleichstellung von Schwulen und Lesben im Militärdienst („don't ask-don't tell“, siehe Punkt 7) über die Internet-Sicherheit, Medicare-Kürzungen und die Aufstockung sozialer Leistungen für Kinder bis hin zur nuklearen Abrüstungspolitik (siehe Punkt 6).

In der gedrängten, kaum sechswöchigen Sitzungszeit nach den Wahlen zum Congress dürften dagegen die Klimaschutz- und die Energiepolitik, die gegenwärtig zu kontrovers sind (vgl. CR 5-7/2010; S. 7), vorerst nicht mehr auf die Tagesordnung kommen.

Wie sich die republikanischen Fraktionen nach der erwarteten Stärkung ihrer Position im Zuge der Novemberwahlen mit Blick auf die Kompromissfindung in den einzelnen Themenfeldern verhalten werden, bleibt abzuwarten.

2. Continuing Resolution schreibt Bundeshaushalt vorübergehend fort

Senat und Repräsentantenhaus haben am 29./30. September 2010 eine so genannte „Continuing Resolution“ verabschiedet (*House Resolution* 3081). Sie schreibt den Bundeshaushalt bis zum 3. Dezember 2010 im wesentlichen auf der Höhe des vergangenen Haushaltsjahres 2010 fort und war erforderlich geworden, weil es dem Congress nicht gelungen war, den Haushaltsbewilligungsprozess vor dem offiziellen Beginn des neuen Haushaltsjahres 2011 am 1. Oktober 2010 abzuschließen.

So sind derzeit noch alle erforderlichen Appropriations Bills für 2011 offen. Dies sind die Haushaltsbewilligungsentscheidungen für

- *Agriculture, Commerce/Justice/Science, Defense, Energy/Water, Financial Services, Homeland Security, Interior/Environment, Homeland Security, Labor/Human Health Services/Education, Legislative Branch, Military Construction, State/Foreign Operations* und *Transportation*.

Die Entscheidung zugunsten der „Continuing Resolution“ fiel im Repräsentantenhaus mit 228:194 und im Senat mit 69:30 Stimmen.

Präsident Obama hat die Gesetzesvorlage noch am 30. September 2010 unterzeichnet und ihr damit Gesetzeskraft verliehen (*Public Law* 111-242).

Die Demokraten hoffen, dass sie die erforderlichen Bewilligungsentscheidungen für das laufende Haushaltsjahr 2011 in einer kurzen „lame duck session“ (vgl. Punkt 1) treffen können, die am 15. November, also nur wenige Tage nach den Wahlen zum Congress, beginnen soll. Allerdings ist es völlig unklar, ob ihnen dies gelingen wird, wenn sie in den *Midterm Elections* ihre derzeitigen Mehrheiten in einer oder beiden Kammern des Congress verlieren sollten (siehe Punkt 12).

Die Republikaner könnten vor dem Hintergrund eines perspektivischen Wahlsieges versuchen, die Haushaltsentscheidungen bis zum Beginn der nächsten Legislaturperiode im Januar 2011 zu verzögern, weil sie dann – ausgestattet mit neuen Mehrheiten – der Haushaltsbewilligung ihren eigenen politischen Stempel aufdrücken könnten.

So hat sich der derzeitige republikanische *Minority Leader* John A. Boehner (Ohio) im Repräsentantenhaus und mögliche *Speaker* dieser Kammer in der 112. Legislaturperi-

ode des Congress dafür ausgesprochen, jede Ausgabensteigerung im Bundeshaushalt mit einer entsprechenden Ausgabenkürzung an einer anderen Stelle auszutariieren. Mit dieser „cutgo rule“ soll der Staatsverschuldung ein Riegel vorgeschoben und „big government“ zurückgedrängt werden.

Jenseits der kurzen Zeitspanne, die den Demokraten nach den Novemberwahlen für die Haushaltsbewilligung verbleibt, stehen noch eine Reihe von wichtigen Entscheidungen an (vgl. Punkt 1), zu denen u.a. Entscheidungen über die Steuerpolitik, Medicare, die Höhe der Rüstungsausgaben und die Abrüstungspolitik (vgl. Punkt 6) zählen.

Während die demokratischen Mehrheitsführungen im Repräsentantenhaus und im Senat noch vor den Novemberwahlen eine Entscheidung über die Steuerpolitik herbeiführen wollten, um ein klares politisches Signal an die Wähler zu senden, befürchteten jene Demokraten, die sich in schwierigen Wahlkämpfen befinden, dass sich die geplanten Steuererhöhungen für Familien mit einem Jahreseinkommen von mehr als 250000 USD politisch negativ auswirken könnten. Sie favorisieren daher eine Fortführung der durch Präsident George W. Bush 2011 beförderten Steuervergünstigungen, die am 31. Dezember 2010 auslaufen, falls der Congress sie nicht fortschreibt.

Allerdings würde eine solche Fortschreibung für weitere zehn Jahre nach Berechnungen des *Congressional Budget Office* (CBO) Steuermindereinnahmen von geschätzten 4 Billionen USD nach sich ziehen, so dass sich das Haushaltsdefizit bis zum Jahr 2020 nach Einschätzung des CBO verdoppeln würde.

3. Stärkere Überwachung der Nachrichtendienste beschlossen

Senat und Repräsentantenhaus haben am 27./29. September eine stärkere Überwachung der derzeit 16 amerikanischen Nachrichtendienste durch die Legislative beschlossen. Die Entscheidung fiel im Rahmen der *Intelligence Authorization* durch (*House Resolution 2701*) und wurde im Senat in nicht namentlicher Abstimmung einstimmig und im Repräsentantenhaus mit 244:181 Stimmen getroffen.

Das Gesetz sieht vor,

- den amerikanischen Präsidenten zu verpflichten, alle Mitglieder der beiden Geheimdienstausschüsse („Select Intelligence Committees“) im Repräsentantenhaus und im Senat innerhalb von 180 Tagen über verdeckte Operationen („covert actions“) der Nachrichtendienste zu unterrichten;
- dem *General Accounting Office* (GAO), einer von der Administration unabhängigen Behörde, die die Aufgaben eines Bundesrechnungshofs wahrnimmt, stärkeren Zugriff auf die Arbeit der Nachrichtendienste einzuräumen und
- die Position eines Inspector General zur Kontrolle der geheimdienstlichen Aktivitä-

ten der USA zu schaffen.

Allerdings sollen die Briefings durch die Administration zu den Aktivitäten der Geheimdienste nach wie vor auf eine Gruppe von acht Mitgliedern des Congress (die Führer der Fraktionen in beiden Kammern sowie die Vorsitzenden der Geheimdienstausschüsse und deren *Ranking Minority Members*), auch als *Gang of Eight* bezeichnet, beschränkt werden können, wenn der Präsident dies mit Verweis auf „außergewöhnliche Umstände und die vitalen Interessen“ der USA für notwendig erachtet.

Der Congress versucht mit der Gesetzgebung die Überwachung („Oversight“) der Nachrichtendienste zu verbessern, die seit dem 11. September 2001 und dem von Präsident George W. Bush ausgerufenen weltweiten „war on terrorism“ Schaden genommen hatte.

Vor allem *Speaker* Nancy Pelosi (D-California) hatte sich für eine stärkere parlamentarische Kontrolle der nachrichtendienstlichen Aktivitäten stark gemacht. Das Gesetz, so die sehr einflussreiche Demokratin, „revidiert den Trend (der Schwächung der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste, die Redaktion) und verstärkt die parlamentarische Kontrolle.“

Allerdings gelang es der Obama-Administration, die ein Veto des Präsidenten gegen die Gesetzesinitiative angedroht hatte, einen Kompromiss durchzusetzen, sollte die verschärfte Informationspflicht nicht wie bisher auf die *Gang of Eight* begrenzt werden können.

Dass dies der Administration mit Verweis auf „extraordinary circumstances affecting vital interests of the United States“ möglich bleibt, relativiert die Kontrollmöglichkeiten der Legislative erheblich und wirft weiterhin die Frage nach einer effektiven demokratischen Kontrolle der amerikanischen Geheimdienste im Zeitalter der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auf.

Zwischen 2004 und 2010 ist keine Genehmigung der Arbeit der Nachrichtendienste durch den Congress im Rahmen der eigentlich jährlich vorzunehmenden *Intelligence Authorization* erfolgt, obwohl die Vereinigten Staaten zwischenzeitlich jährlich etwa 75 Mrd. USD für die Arbeit ihrer 16 Geheimdienste und deren „covert actions“ ausgeben.

4. Repräsentantenhaus für Strafzölle gegen China

Das Repräsentantenhaus hat Ende September 2010 eine Gesetzesvorlage verabschiedet, die die Verhängung von Strafzöllen gegen China bei anhaltender Unterbewertung der Währung erleichtern soll.

Die Gesetzesvorlage wurde mit 348 zu 79 Stimmen angenommen und fand auch die Unterstützung einer Mehrheit der republikanischen Abgeordneten.

Die Vorlage beseitigt administrativ-juristische Hürden für die Verhängung von Strafzöllen gegen „illegale“ Exportsubventionen mittels Währungsmanipulationen.

Obwohl der Gesetzentwurf ebenso wie die breite Zustimmung unter den Vorzeichen der anstehenden Wahlen Anfang November (siehe Punkt 12) zu sehen sind, sendet die Legislative damit ein deutliches Warnzeichen an die Adresse Chinas und die der Obama-Administration.

Die Unterbewertung des chinesischen Renminbi und der negative Außenhandelsbilanzsaldo der USA von zuletzt 200 Mrd. USD bringen US-Produzenten unter einen starken Konkurrenzdruck, der für erheblich Arbeitsplatzverluste verantwortlich gemacht wird.

China verweigert bisher jedoch eine Freigabe des Wechselkurses und hat, unbeschadet der von vielen Seiten attestierten Unterbewertung, bisher nur minimale Konzessionen gemacht.

Aus der Sicht des Congress hat die Obama-Administration auf dieses Problem nur zögerlich und zu nachgiebig reagiert.

Die wenigen offen auftretenden Kritiker der Vorlage hielten der scharfen Rhetorik der Befürworter entgegen, sie betrieben Wahlkampf ohne einen ernsten Lösungsvorschlag zu unterbreiten.

Der Senat hat die Vorlage vor der laufenden Sitzungspause nicht mehr aufgegriffen. Obwohl ein ähnlicher Gesetzentwurf im Senat anhängig ist, sind die Aussichten für eine Debatte und Verabschiedung bis zum Jahresende ungewiss.

5. Präsident Obama legt Veto gegen Zwangsversteigerungsgesetz ein

Präsident Barack Obama hat Anfang Oktober 2010 ein Veto gegen eine Gesetzesvorlage eingelegt, die die Nutzung von elektronisch übermittelten Notariatsdokumenten in Verfahren zu Zwangsversteigerungen erleichtern sollte.

Das Gesetz war von beiden Kammern ohne Debatte und in nichtnamentlicher Abstimmung angenommen worden.

Der Abgeordnete Robert B. Aderholt (R-Alabama), der das Gesetz Anfang des Jahres 2010 eingebracht hatte, betonte, dass seine Vorlage auf die Erleichterung der elektronischen Übermittlung von Dokumenten zwischen den verschiedenen Einzelstaaten abziele.

Vor dem Hintergrund von zunehmenden Zwangsversteigerungen und Berichten über Manipulationen und Betrugsfälle in den Verfahren, die zahlungsunfähige Kreditneh-

mer mit dem Verlust ihres Hauses bedrohen, wies die Administration jedoch auf das erhebliche Missbrauchspotenzial von Dokumentationen hin, die nicht in Papierform vorliegen.

Im Rahmen der Zwangsversteigerungen, die seit der Immobilienkrise rasant zugenommen haben, stehen rechtlich nicht versierte Privatpersonen häufig juristisch gut aufgestellten Banken und Kreditinstituten gegenüber, die sich offensichtlich nicht davor scheuen sehr aggressiv und mit zweifelhaften Mitteln gegen säumige Schuldner vorzugehen.

Führende Vertreter der Demokraten im Congress wie *Senate Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) und *Speaker* Nanci Pelosi (D-California) haben sich deswegen dem lauter werdenden Ruf nach Moratorien gegen Zwangsversteigerungen angeschlossen, um Zeit für eine rechtliche Überprüfung der Verfahren zu gewinnen und eine erneute krisenhafte Zuspitzung am Immobilienmarkt zu verhindern.

Nach Präsident Obamas Veto hat das Gesetz in der vorliegenden Form keine Chancen mehr auf Annahme durch den Congress, weil die Differenzen zwischen den Parteien auch im Bereich des Verbraucherschutzes derzeit einfach zu tief sind und sich auch nach den Novemberwahlen nicht abschwächen dürften.

6. Auswärtiger Senatsausschuss für Ratifikation von *New START*

Im Senat hat sich der Auswärtige Ausschuss im September 2010 mit 14:4 Stimmen für die Ratifikation des *New START*-Vertrages ausgesprochen, der eine Verringerung der strategischen Nuklearwaffen Russlands und der Vereinigten Staaten um etwa ein Drittel gegenüber dem Jahr 2002 vorsieht und vom amerikanischen und russischen Präsidenten am 8. April 2010 unterzeichnet worden war (vgl. CR 3-4/2010, S. 8).

Für eine Empfehlung an das Senatsplenum zur Ratifikation des Abrüstungsvertrages stimmten neben allen 11 Demokraten im *Foreign Relations Committee* auch drei Republikaner und zwar Bob Corker (R-Tennessee), Johnny Isakson (R-Georgia) und Richard Lugar (R-Indiana), während sich vier republikanische Ausschussmitglieder gegen eine Zustimmung des Senats zum Vertrag aussprachen.

Nach Artikel 2, Abschnitt zwei der amerikanischen Verfassung von 1787 braucht der amerikanische Präsident bei auswärtigen Verträgen eine Zweidrittel-Mehrheit im Senat, bei derzeit 100 Senatssitzen also 67 Ja-Stimmen.

Die Demokraten verfügen derzeit im Senat über 57 Sitze und können sich in der Regel der Unterstützung von zwei Unabhängigen (Lieberman, Connecticut, und Sanders, Vermont) sicher sein. Ihnen stehen 41 Republikaner gegenüber, sodass die Demokraten die Unterstützung von mindestens acht Republikanern bräuchten, wenn sie noch in dieser Sitzungsperiode eine Abstimmung über das *New START*-Abkommen im Senatsplenum herbeiführen wollen.

Im Zuge der *Midterm Elections* am 2. November 2010 dürfte sich auf Grund der zu erwartenden Zugewinne der Republikaner (vgl. auch Punkt 12) das Stimmenverhältnis im Senat deutlich zu Ungunsten der Demokraten verändern und damit eine Ratifikation des *New START Treaty* in der 1. Sitzungsperiode des 112. Congress im Jahr 2011 erheblich komplizierter gestalten.

Das *Senate Republican Policy Committee* hatte der demokratischen Mehrheit im Auswärtigen Senatsausschuss unter Leitung von John Kerry (Massachusetts) im Rahmen der Abstimmung über den *New START*-Vertrag vorgeworfen, wichtige Bedenken der Republikaner nicht ausreichend berücksichtigt zu haben. Das bezieht sich vor allem auf das Thema Raketenabwehr, wo die Republikaner jede Form der perspektivischen Begrenzung der Stationierung von Raketenabwehrsystemen ablehnen.

Der 141 Seiten umfassende Bericht zum „Treaty With Russia On Measures For Further Reduction And Limitation Of Strategic Arms (The New START Treaty)“, den das Senate Foreign Relations Committee am 1. Oktober 2010 veröffentlicht hat (Executive Report 111-6, 111th Congress, 2d Session), enthält

- Zehn Bedingungen („conditions“), drei Vereinbarungen („understandings“) und 13 Erklärungen des Ausschusses zur Ratifikation des Abrüstungsvertrages mit Russland.

Sie finden sich auf den Seiten 81 bis 110 des Berichts und beschäftigen sich u.a. mit dem Thema der Vertragseinhaltung, Berichtspflichten des amerikanischen Präsidenten zur Verifikation des Vertrages mit so genannten „nationalen technischen Mitteln“, weiteren Abrüstungsplänen im nuklearstrategischen Bereich, der Verschlüsselung von Daten bei Raketenabwehrtests der USA und Konsultationsmechanismen. In diesem Zusammenhang unterstreicht der Senatsausschuss neben der Abrüstungsperspektive auch die Modernisierungsperspektive des amerikanischen strategischen Atomwaffenarsenals. So heißt es auf Seite 86 des Berichts:

„The committee concludes that *reductions in strategic offensive arms and continued support for our nation’s nuclear weapons stockpile and supporting infrastructure should move forward together*. In its proposed resolution of advice and consent to ratification, the committee therefore recommends that the Senate declare its commitment to proceeding with a robust stockpile stewardship program and to *maintaining nuclear weapons production capabilities and capacities*, in order to ensure the safety and reliability, and performance of the United States nuclear arsenal at the New START Treaty levels.” (Hervorhebung durch die Redaktion)

Wenig später lobt der Bericht des Senatsausschusses auf Seite 88 den von der Obama-Administration verkündeten *Stockpile Stewardship and Management Plan* vom Mai 2010, in dem sich das Energieministerium dafür ausspricht, über einen Zeitraum von 10 Jahren 80 Mrd. USD für die Aufrechterhaltung und Modernisierung der „nuclear weapons stockpile and supporting infrastructure“ zur Verfügung zu stellen. Dann heißt

es auf Seite 89: „The committee therefore recommends that the Senate include a condition that the United States is committed to providing the resources needed to achieve objectives related to ensuring the safety, reliability, and performance of the United States nuclear arsenal, at minimum at levels set forth in the 1251 report“.

Präsident Obama hatte sich in seiner Prager Rede Anfang April 2009 für eine Welt ohne Nuklearwaffen ausgesprochen und war dafür im gleichen Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden.

Mit welchen politischen Widerständen die Administration bei der Ratifikation des New START-Vertrages noch zu rechnen hat, machte die republikanische Minderheit im Bericht des Senate Foreign Relations Committee deutlich. Dort heißt es unter der Rubrik „Minority Views“ auf den Seiten 111/112:

„Instead of looking at the new and shifting 21st century challenges, New START embraces the paradigm of the Cold War by focusing only on Russia with its porous limits on nuclear weapons, delivery vehicles, and inspection regimes. As Secretary of State Clinton stated, “the New START Treaty is needed in order to provide a critical framework for the strategic relationship between the United States and Russia.” *Secretary Clinton’s comment by definition ignores the nuclear forces that exist or will exist shortly in other countries. And the lack of precise definitions and inclusion of other provisions in New START means that U.S. offensive and defensive conventional forces could be substantially constrained. Already, Russia is below New START’s limits on strategic delivery vehicles and launchers due to atrophy of its strategic nuclear force. The only party that will actually have to eliminate strategic delivery vehicles and launchers under the provisions is the United States. New START is a bad deal coming and going: it neither places effective limits on a future Russian renewal of its strategic nuclear forces (the beginnings of which already can be seen), nor does it demand real Russian reductions now. This the administration touts as a great negotiating accomplishment.*”

Entsprechend drängen die Republikaner auf eine kontinuierliche Berichtspflicht des Präsidenten zu den Modernisierungsplänen für die strategischen Offensivwaffen, wofür die Obama-Administration dem Vernehmen nach nun während eines Zeitraumes von 10 Jahren die Summe von 180 Mrd. USD ausgeben möchte.

Ob dies die Zweifel der republikanischen Senatsfraktion um *Minority Leader* Mitch McConnell (Kentucky) freilich zerstreuen und eine Ratifikation erleichtern wird, bleibt abzuwarten.

7. Gesetzesinitiative gegen Diskriminierung von Homosexuellen in den Streitkräften blockiert

Im Senat ist vorerst der Versuch gescheitert, ein als “don’t ask, don’t tell” bezeichnetes Gesetz aus dem Jahr 1993 (*Public Law* 103-160) zu streichen,

- das Männern und Frauen, die sich offen zu ihrer Homosexualität bekennen, den Dienst in den amerikanischen Streitkräften untersagt (vgl. CR 5-7/2010, S. 9).

Eine entsprechende Initiative, die bereits Zustimmung im Repräsentantenhaus und im *Senate Armed Services Committee* gefunden hatte, scheiterte im September 2010 im Rahmen der Debatte um das so genannte Verteidigungsgenehmigungsgesetz (*Defense Authorization*), mit dem der Congress jährlich der Sache nach über die Rüstungsausgaben der USA befindet.

Ein Versuch, die Blockade in der Senatsdebatte über die „Defense Authorization for Fiscal Year 2011“ durch *Filibuster* mittels eines so genannten *Cloture* zu beenden (wozu eine Mehrheit von Dreifünftel der Senatsmitglieder, also 60 Stimmen, erforderlich ist), erhielt nur 56 Ja-Stimmen, während 43 Senatsmitglieder dagegen stimmten. Dabei sprachen sich die Demokraten Blanche Lincoln und Mark Pryor (beide Arkansas) mit den Republikanern gegen ein *Cloture* aus. Auch die Republikanerin Susan Collins (Maine) stimmte entgegen ihrer ursprünglichen Ankündigung nicht für einen Schluss der Debatte.

Da die Demokraten derzeit nur über 59 Stimmen (57 Senatssitze plus zwei mit ihnen stimmende unabhängige Senatoren) verfügen, hätten sie auch bei vollkommener Geschlossenheit ihre Fraktion mindestens eine Stimme aus dem republikanischen Lager benötigt, um das *Filibuster* zu brechen.

Die Administration und der Congress hatten sich schon im Vorfeld darauf geeinigt, das als „don't ask, don't tell“ bezeichnete Gesetz faktisch erst dann außer Kraft zu setzen, wenn die Administration einen *Review* vorgenommen und offiziell festgestellt hat, dass durch die Gesetzesinitiative die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Dazu sollen Admiral Mike Mullen, der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff (JCS) und Verteidigungsminister Robert M. Gates bis zum 1. Dezember 2010 einen entsprechenden Bericht vorlegen.

Ob es nach den *Midterm Elections* am 2. November noch zu einem weiteren Versuch kommen wird, das republikanische *Filibuster* zu „don't ask, don't tell“ zu brechen, ist offen. Beide Seiten könnten versucht sein, weiter auf ihrer politischen Position zu beharren. Wenn das Verteidigungsministerium in seinem Bericht Anfang Dezember keine grundsätzlichen Probleme darin sieht, Männern und Frauen den Dienst in den amerikanischen Streitkräften zu erlauben, die sich offen zu ihrer Homosexualität bekennen, dürfte es den Republikanern politisch schwerer fallen auf ihrer ablehnenden Position zu „don't ask, don't tell“ zu beharren. Allerdings könnten beide Seiten auch versucht sein, das Thema bis zum Präsidentschaftswahlkampf 2011/2012 auszusetzen, um jeweils entweder bei den progressiven oder den sozialkonservativen Wählern Punkte zu sammeln.

8. Kommission rügt Reaktion der Administration auf Öl-Katastrophe

Die von Präsident Barack Obama Ende Mai 2010 eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko in Folge der Havarie einer BP Ölförderanlage hat in einer ersten Stellungnahme das Verhalten der Administration scharf kritisiert (vgl. auch CR 5-7/2010, S 5).

Die *National Commission on the BP Deepwater Horizon Oil Spill and Offshore Drilling* (www.oilspillcommission.com) unter Leitung des früheren Gouverneurs und Senators von Florida, Bob Graham, lässt damit frühzeitig erkennen, dass sie nicht gewillt ist, die Rolle eines Feigenblatts für die Politik zu übernehmen.

Der Administration von Präsident Barack Obama hält sie vor, sich in ihrer Informationspolitik und in ihren anfänglichen Reaktionen zu sehr auf die optimistischen Schätzungen von BP über die Menge des austretenden Rohöls verlassen zu haben.

Insbesondere seien Angaben zur Schadensbekämpfung nicht mit Hinweisen unabhängiger Forschungsinstitute abgeglichen worden.

BP war ursprünglich von einem Austrittsvolumen von 5.000 Barrel Rohöl pro Tag ausgegangen, obwohl sowohl Wissenschaftler des Unternehmens und der Regierung einen Wert von 110.000 Barrel errechnet hatten. Das tatsächliche Volumen des ausgetretenen Rohöls dürfte nach unabhängigen Schätzungen bei etwa 60.000 Barrel pro Tag gelegen haben.

Zudem habe die Administration den Umfang des aufgefangenen, verdampften oder neutralisierten Rohöls in den Gewässern des Golfs von Mexiko mit 75 Prozent deutlich überschätzt. Der vermutliche Wert liege eher bei nur ca. 50 Prozent, sodass die verbleibende Verseuchung ein gigantisches Ausmaß hat.

Die Administration wies den Vorwurf einer eklatanten Fehleinschätzung der Lage zurück und beteuerte, man habe aufgrund der vorliegenden „worst case“-Szenarien alle verfügbaren Mittel sofort zum Einsatz gebracht.

Allerdings waren die optimistischen Verlautbarungen zur Schadensbekämpfung von der Administration bereits während des Sommers 2010 selbst korrigiert worden.

Der Abschlussbericht der Kommission, der BP und den anderen beteiligten Unternehmen schwere Versäumnisse nachweist, steht noch aus und lässt grundsätzliche gesetzgeberische Reaktionen erwarten.

9. Positives Regierungsgutachten zu Konjunkturprogramm

Ein vom Amt des Vizepräsidenten Joe Biden ausgearbeitetes, internes Gutachten zu dem im Februar 2009 vom Congress verabschiedeten Konjunkturprogramm kommt zu einem überraschend positiven Ergebnis.

Das über 800 Mrd. USD schwere Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise war von Anfang an von heftiger Kritik von konservativer Seite begleitet worden.

Das interne *Auditing* ergab nun, dass das Programm nicht nur das Ziel einer schnellen Verausgabung der bewilligten Mittel, nämlich mindestens 70 Prozent in den ersten 18 Monaten, erreicht hat, sondern auch vergleichsweise effizient umgesetzt worden ist.

Nur knapp zwei Prozent der vergebenen Kontrakte führten zu Beschwerden, kaum 0,2 Prozent zu juristischen Untersuchungen oder Verfahren. Üblicherweise liegt die Quote der vermuteten Fehlvergaben oder Betrugsfälle bei Regierungsaufträgen bei über fünf Prozent.

Das speziell eingerichtete unabhängige Aufsichts- und Kontrollgremium des Programms wird als wesentlicher Faktor für die geringe Zahl der Betrugsfälle genannt und als Modell für zukünftige Programme gepriesen.

Das Congressional Budget Office (CBO), dessen Expertise breite Anerkennung findet, bescheinigte darüber hinaus, dass das Ziel der Erhaltung von 3,5 Mio. Arbeitsplätzen erreicht worden sei.

Gleichwohl halten die Republikaner im Congress an ihren Einwänden fest. Nach ihrer Einschätzung hat die gewaltige Konjunkturspritze die Staatsverschuldung enorm erhöht, ohne einen nennenswerten Erholungseffekt ausgelöst zu haben.

Die Administration war 2009 davon ausgegangen, dass sie die Arbeitslosenquote durch das Konjunkturprogramm unter 8 Prozent halten könne. Gegenwärtig liegt die Arbeitslosenquote jedoch bei 9,6 Prozent, so dass über 8 Millionen Amerikaner ohne Job sind (vgl. auch Punkt 12).

10. Republikaner legen Wahlprogramm vor

Die Republikaner im Repräsentantenhaus unter Führung von John R. Boehner (Ohio) haben am 23. September 2010 in Sterling, Virginia, medienwirksam ihr Wahlprogramm *Pledge to America* vorgestellt. Es kann unter <http://pledge.gop.gov/> eingesehen werden.

Das 45 Seiten umfassende Programm erinnert an das konservative Grundsatzprogramm *Contract With America* (vgl. CR 9/1994, S. 1), mit dem der damalige Minderheitsführer im Repräsentantenhaus Newt Gingrich den erdrutschartigen Wahlsieg der

Republikaner in den *Midterm Elections* 1994 eingeleitet hatte (vgl. CR 11/1994, S. 1).

„House Republicans“, so Boehner, „are ready to serve as a check and balance on President Obama and make sure that we focus on what’s most important to the people we represent.“ Mitch McConnell (R-Kentucky), *Minority Leader* im Senat, lobte das Programm als ein Dokument, das eine “klare und machtvolle Antwort” auf die Sorgen der Amerikaner darstellt.

Das Programm trägt den Untertitel „A New Governing Agenda Built on the Priorities of our Nation, the Principles We Stand For and America’s Founding Values“. Dort heißt es gleich zu Beginn:

“America is more than a country. America is an idea – an idea that free people can govern themselves, that government’s powers are derived from the consent of the governed, that each of us is endowed by their Creator with unalienable rights to life, liberty, and the pursuit of happiness.”

Nach dem direkten Bezug auf die amerikanische Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 formulieren die Republikaner dann:

„In a self-governing society, the only bulwark against the power of the state is the consent of the governed (...) An arrogant and out-of-touch government of self-appointed elites makes decisions, issues mandates, and enacts laws without accepting or requesting the input of the many.”

In „A Pledge To America“ versprechen die Republikaner u.a. einen Plan zur

- Arbeitsbeschaffung vorzulegen, die wirtschaftliche Unsicherheit zu beenden und das Land wieder konkurrenzfähiger zu machen. Dazu sollen die 2001 von George W. Bush durchgesetzten Steuervergünstigungen auch 2011 fortgeführt werden, dem Mittelstand eine Steuererleichterung von 20 Prozent ihrer Einkünfte eingeräumt und Regulierungen durch den Bund auf den Prüfstand gestellt werden;
- Verringerung der Bundesausgaben und des Umfangs der Bundesregierung zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang soll eine strikte Ausgabendisziplin hergestellt und die Beschäftigtenzahl bei Bundesbehörden mit Ausnahme des Bereichs der nationalen Sicherheit eingefroren werden;
- Rücknahme der Gesundheitsreform (vgl. CR 3-4/2010, S. 1), die Präsident Barack Obama im Frühjahr 2010 gegen den erbitterten Widerstand der Republikaner im Congress durchgesetzt hatte. Dabei soll auch jede „steuerfinanzierte Abtreibung“ verboten werden;
- Reform der Arbeitsweise des Congress, durch den das große Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber dem politischen System verringert werden soll. In diesem Zusammenhang wollen die Republikaner jede Gesetzesvorlage, über die entschieden

werden soll, mindestens drei Tage vor der Abstimmung zugänglich machen und jedem Mitglied des Congress die Möglichkeit einräumen, Zusätze („Amendments“) zur Verringerung der Bundesausgaben einzubringen;

- nationalen Sicherheit, um die amerikanische Nation durch Bedrohungen von außen wirksam zu schützen. Hier betonen die Republikaner, dass sich die Nation im Krieg befindet („We are a nation at war“) und verlangen die Rücknahme der Schließung von Guantánamo Bay, die Beibehaltung der Militärtribunale zur Aburteilung von Terroristen, den Aufbau eines nationalen Raketenabwehrsystems gegen Bedrohungen durch so genannte Schurkenstaaten, verschärfte Sanktionen gegen den Iran, der als „state-sponsor of terrorism“ bezeichnet wird, eine Verschärfung der Einwanderungsgesetzgebung und die Optimierung der „Visa Security“.

In der Außen- und Sicherheitspolitik geht ihnen Präsident Barack Obamas liberaler Internationalismus mit seiner Betonung einer stärker multilateralen Ausrichtung der amerikanischen Weltpolitik in die falsche Richtung. Stattdessen drängen die Republikaner wie schon in der Ära Präsident George W. Bushs wieder auf einen hegemonialen Internationalismus mit dem Bekenntnis zu einem größtmöglichen Maß an Handlungsfreiheit und strategischer Unabhängigkeit, bei dem eine robuste Verteidigungsfähigkeit („robust defense“) im Zentrum stehen soll. So heißt es im Wahlprogramm der Republikaner:

„We will do all that is needed to protect our homeland, support our troops and the veterans who have so honorably served us, and ensure our government has a coherent strategy to confront and defeat the terrorist threat. And we will never apologize for advancing the cause of freedom and democracy around the world, nor will we abandon our historic role in lifting up those who struggle to receive the blessings of liberty.“

Das liest sich wie eine Hommage an den *Contract with America*, mit dem die Republikaner 1994 ihren Anspruch auf eine Redefinition der nationalen Prioritäten gegenüber Präsident Bill Clinton angekündigt und in den Folgejahren durchgesetzt hatten.

11. Congress-Wahlen unter dem Vorzeichen schleppender Wirtschaftserholung

Die Zwischenwahlen zum Congress Anfang November 2010 (*Midterm Elections*) stehen unter dem Vorzeichen des wachsenden Unmuts breiter Teile der Öffentlichkeit über die anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage.

Obwohl die US-Konjunktur in den zurückliegenden Monaten eine spürbare Erholung aufweist und viele Unternehmen ihre Positionen konsolidiert haben, bestimmen die unveränderten Probleme vor allem am Arbeits- und Immobilienmarkt die düstere Stimmung der Wählerschaft.

Den Demokraten als Regierungspartei, die Exekutive und Legislative kontrolliert, wird

nun die Verantwortung zugeschrieben und am 2. November 2010 stehen ihre bisherigen Mehrheiten in beiden Kammern des Congress auf dem Spiel.

Sitzverteilung im 111. Congress (Stand Mitte Oktober 2010)

	Repräsentantenhaus	Senat
Demokraten	255	57
Republikaner	178	41
Unabhängige	- -	2
Vakant	2	

Die Republikaner zeigen sich sicher, nach nur zwei Jahren demokratischer Regierung unter der Ägide von Präsident Barack Obama zumindest die Mehrheit im Repräsentantenhaus wieder gewinnen zu können.

Auch im Senat mit seiner großen demokratischen Mehrheit rechnen die Optimisten im konservativen Lager mit der Chance eines Mehrheitswechsels.

In den aktuellen *Gallup*-Umfragen, die die Stimmanteile beider Parteien in den Congress-Wahlen auf nationaler Ebene ohne Rücksicht auf die Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen erheben, erzielen die Republikaner mit Werten um die 45 bis 48 Prozent vier Wochen vor den *Midterm Elections* nur leichte Vorteile.

Wenn die Wahrscheinlichkeit der tatsächlichen Wahlbeteiligung, die in den Zwischenwahlen traditionell eher gering und schwer einzuschätzen ist, mit in das Kalkül einbezogen wird, weitet sich der republikanische Vorsprung deutlich aus und liegt mit Anteilen um 50 Prozent gegenüber ca. 40 Prozent für die Demokraten auf einem ähnlichen Niveau wie vor dem spektakulären Mehrheitswechsel von 1994 (vgl. CR 12/1994, S. 1) während der ersten Präsidentschaft Bill Clintons.

Den Republikanern kommt dabei stark zugute, dass die konservative Basis der Partei durch die Politik der Obama-Administration und durch die Propaganda der Tea Party-Bewegung (vgl. CR 1-2/2010, S. 15) hoch motiviert ist.

Auf der demokratischen Seite zeichnen sich nachhaltige Enttäuschungs- und Demobilisierungseffekte vor allem unter den 2008 relativ wichtigen Jungwählern ab.

Zumindest ebenso wichtig ist jedoch die Abkehr parteiunabhängiger Wähler (*Independents*), die den nationalen Meinungstrend bestimmen, von den Demokraten.

Die Wirtschaftsentwicklung ist dabei der alles dominierende Faktor. Fast 70 Prozent der US-Bevölkerung sehen das Land auf dem falschen Weg („heading in the wrong

direction“). 50 Prozent oder mehr der Befragten bezeichnen in aktuellen Umfragen die wirtschaftliche Lage als das größte Problem, das alle anderen Fragen, die Sicherheitspolitik und die Sozialpolitik eingeschlossen, weit in den Hintergrund drängt. Offensichtlich scheint es den Republikanern in der Finanz- und Wirtschaftspolitik im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen 2008 gelungen zu sein, ihr Kompetenzdefizit gegenüber den Demokraten abzubauen.

Vor diesem Hintergrund rechnen Politik-Beobachter in den Wahlen zum Repräsentantenhaus 2010 damit, dass beide Parteien aktuell jeweils knapp unter 200 Sitze erringen werden, während etwa 40 Sitze als *tossups* eingeschätzt werden, also noch offen sind.

Die hohe Motivation und Wahlbereitschaft der Republikaner könnte in diesen Wahlbezirken leicht den Ausschlag geben. Für eine Mehrheit im Repräsentantenhaus genügen 218 Sitze.

Im Senat ist die Situation etwas komplexer, da alle zwei Jahre nur knapp ein Drittel der 100 Senatssitze zur Wahl stehen, 2010 sind dies auf Grund zusätzlicher Nachwahlen insgesamt 37.

38 Demokraten sowie die beiden *Independents*, die sich der demokratischen Fraktion angeschlossen haben, sowie 23 Republikaner stehen nicht zur Wiederwahl an.

Nach gegenwärtigen Einschätzungen können die Demokraten in den Senatswahlen 2010 jedoch nur mit etwa sieben Siegen rechnen, die Republikaner dagegen mit 19. In 11 Staaten wird der Wahlausgang als offen eingestuft, sodass ein Mehrheitswechsel durchaus im Rahmen der Möglichkeiten zu sein scheint.

Die Demokraten versuchen den republikanischen Trend durch eine verstärkte Mobilisierung der eigenen Basis sowie eine Verunsicherung der politischen Mitte über die *weithin* als radikal eingestufte *Tea Party*-Bewegung abzubremsen.

Für viele demokratische Parteianhänger ist der drohende Mehrheitswechsel tatsächlich ein Schreckensszenario, das sie zum Wahlgang veranlassen könnte. Unter den parteiunabhängigen Wählern der politischen Mitte bestehen zudem starke Vorbehalte gegen *Tea Party*-Kandidaten, die sich in den republikanischen Vorwahlen durchgesetzt haben, wie etwa die kontroverse Christine O'Donnell in Delaware, die ihren aussichtsreichen innerparteilichen Konkurrenten knapp besiegt hat.

Ob der demokratischen Defensiv-Strategie aber die Schadenseindämmung in dem erhofften Ausmaß gelingt, ist nicht nur mit Blick auf das Repräsentantenhaus fraglich.

Der Trend zu mitunter schnell wechselnden Mehrheiten auf Bundesebene, der sich in den USA in den letzten drei Dekaden zusehends eingeschrieben hat, könnte sich im November 2010 durchaus fortsetzen.

Sicher scheint ungeachtet der konkreten Wahlergebnisse allerdings schon jetzt, dass

jene Phase des Regierens Präsident Obamas gestützt allein auf Stimmen der demokratischen Mehrheiten nach den Wahlen vorbei ist. Denn selbst im günstigsten Fall des Mehrheitserhalts würden geschrumpfte Sitzanteile auf Grund bröckelnder Fraktionsdisziplin eine verstärkte zwischenparteiliche Kooperation erfordern.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.sowi.uni-kl.de/wcms/427.html>